

Energiearmut nicht zulassen

Hohe Energiepreise dürfen nicht zum Armutsrisiko werden

Angesicht der jüngsten angekündigten Strompreiserhöhungen drängen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf ein langfristig angelegtes wirksames Gegensteuern. Dorothea Frederding, energiepolitische Sprecherin: "Es darf nicht so weit kommen, dass sich so wie in England Menschen ein warmes Zimmer nicht mehr leisten können und einen Münzautomaten bedienen müssen, um Gas einzukaufen. Hohe Energiepreise dürfen nicht zu einem sozialen Problem werden. Wichtig ist, dass Energie für alle bezahlbar bleibt."

Zum einen müsse der Energieverbrauch gesenkt werden. Da der Senkung durch das Verbrauchsverhalten Grenzen gesetzt seien, müssen sozial Bedürftige von staatlicher Seite unterstützt werden, um in gut gedämmten Wohnungen zu leben und energieeffiziente Geräte benutzen zu können. "Ein Schwerpunkt im Gebäudesanierungsprogramm muss die Sanierung von Sozialwohnungen sein. Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf sollten so gefördert werden, dass Blockheizkraftwerke und erneuerbare Energien angewendet werden. Aus einem Energiesparfonds, der z.B. über den Emissionshandel finanziert werden könnte, sollte die Anschaffung energiesparsamer Haushaltsgeräte gefördert werden," so Frederking.

Zudem sei ein konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien erforderlich. "Sie tragen langfristig zur Preisstabilität bei, da somit die Liefer- und Preisrisiken der fossilen Energien reduziert werden und Umweltkosten vermindert werden", betont Frederking. "Aus Gründen der Ressourcenverknappung und des Klimaschutzes sind die erneuerbaren die einzige Energieform, die wir uns langfristig werden leisten können."